

Information nach Art. 13, 14 und 21 der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) für den Bereich des Sozialamtes

Bezeichnung des Vorgangs

Mit den nachfolgenden Datenschutzhinweisen informieren wir Sie gemäß der ab dem 25. Mai 2018 geltenden Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns sowie über die Ihnen zustehenden Rechte.

Diese Hinweise werden, soweit erforderlich, aktualisiert und auf der Homepage der Verbandsgemeinde Rüdesheim veröffentlicht. Dort finden Sie auch die Datenschutzhinweise für Besucher unserer Internetseiten.

1. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung:

Verbandsgemeindeverwaltung Rüdesheim/Nahe
Fachbereich Ordnung & Soziales
Sozialamt
Nahestraße 63
55593 Rüdesheim
Tel.: 0671 371-125
E-Mail: post@vg-rudesheim.de

2. Beauftragte oder Beauftragter für den Datenschutz:

Wir haben für unsere Behörde einen Datenschutzbeauftragten bestellt.

Behördliche Datenschutzbeauftragte

RA Ph. Weißmann

Fachanwalt für Steuerrecht

Ext. Datenschutzbeauftragter (TÜV)

advokit Rechtsanwälte und Datenschutzbeauftragte

Niederlassung Bad Kreuznach, Riemenschneiderstraße 4, 55543 Bad Kreuznach

T +49 (0) 671 4835 491

F +49 (0) 671 4835 493

E-Mail: info@kanzlei-weissmann.de

<https://www.advokit.de/>

Kontakt zur Behörde in Datenschutzangelegenheiten:

0671/371-217

E-Mail: <mailto:datenschutzbeauftragte@vg-ruedesheim.de>

3. Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten

Ihre Daten werden auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. c und e DS-GVO in Verbindung mit §§ 67a -78 SGB X und §§ 60 – 67 SGB I verarbeitet. Das Sozialamt benötigt Ihre Daten, um prüfen zu können, ob die Leistungsvoraussetzungen gegeben sind. Wenn Sie die erforderlichen Daten nicht angeben, kann Ihr Antrag nicht bearbeitet werden. Aufgrund fehlender Mitwirkung (§§ 60, 66 SGB I) kann Ihr Antrag abgelehnt werden. Die zur Bearbeitung Ihres Antrages von Ihnen erhobenen persönlichen Daten (z.B. Personalien, Anschrift, Kontaktdaten, wirtschaftlichen Verhältnisse, Aufenthaltsstatus) werden manuell bzw. automatisiert verarbeitet. Soweit es zur Aufklärung des Sachverhalts erforderlich ist, erhalten wir auch Daten von anderen Stellen und Behörden (z.B. von anderen Leistungsträgern, Finanzbehörden). Wird eine Sozialleistung gewährt, können Ihre Daten darüber hinaus zur Prüfung, Geltendmachung und Durchsetzung potentieller Rückforderungsansprüche gespeichert und genutzt werden. Darüber hinaus werden Ihre Daten in anonymisierter Form zu Statistik- und Steuerungszwecken gespeichert und genutzt.

4. Kategorien von Empfängern von personenbezogenen Daten

Soweit dies im Einzelfall zur Aufgabenerfüllung erforderlich ist, werden ihre Daten weitergeben an:

- hausinterne Stellen (z.B. Verbandsgemeindekasse zur Abwicklung des Zahlungsverkehrs und zur Durchsetzung von Forderungen)
- externe Stellen (z.B. Kreisverwaltung, Krankenkasse, Verwaltungsgerichte)

Darüber hinaus werden ihre Daten an Dritte außerhalb der Verbandsgemeindeverwaltung nur weitergeleitet, wenn eine Einwilligung von Ihnen vorliegt oder wir gesetzlich dazu verpflichtet sind. An öffentliche Stellen in anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) sowie an Organe und Einrichtungen der Europäischen Union oder der Europäischen Atomgemeinschaft ist eine Datenübermittlung im Rahmen von Tätigkeiten, die ganz oder teilweise in den Anwendungsbereich des Rechts der Europäischen Union fallen, zulässig, soweit dies zur Erfüllung der in der Zuständigkeit liegenden öffentlichen Aufgaben erforderlich ist. Voraussetzung für die Übermittlung innerhalb des EWR ist, dass die EWR-Staaten den Inhalt der Datenschutz-Grundverordnung übernehmen.

5. Übermittlungen an Drittländer

Eine Übermittlung in Staaten außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR), sog. Drittländer, erfolgt nur, soweit dies zur Ausführung des gesetzlichen Verwaltungshandelns erforderlich ist.

6. Dauer der Speicherung

Ihre Daten werden bis zur vollständigen Erfüllung des Leistungsanspruchs und eines etwaigen Rückforderungsanspruchs nach den Bestimmungen des SGB XII gespeichert. Entsprechend den gesetzlichen Aufbewahrungspflichten werden Ihre Daten in der Regel 10 Jahre aufbewahrt. Die Frist beginnt mit dem Ende der Leistungserbringung. Nach Fristablauf werden die Daten gelöscht bzw. Akten vernichtet.

7. Betroffenenrechte

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutzgrundverordnung insbesondere folgende Rechte:

- Recht auf **Auskunft** über die zu ihrer Person gespeicherten personenbezogenen Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DS-GVO).
- Recht auf **Berichtigung**, soweit sie betreffende Daten unrichtig oder unvollständig sind (Art. 16 DS-GVO).
- Recht auf **Löschung** der zu ihrer Person gespeicherten Daten, soweit eine der Voraussetzungen nach Art. 17 DS-GVO zutrifft. Der Anspruch auf Löschung hängt unter anderem davon ab, ob die betreffenden Daten von der öffentlichen Stelle zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben noch benötigt wird.
- Recht auf **Einschränkung der Verarbeitung** (Art. 18 DS-GVO),
 - Insbesondere, soweit die Richtigkeit der Daten bestritten wird,
 - für die Dauer der Überprüfung der Richtigkeit, wenn die Daten unrechtmäßig verarbeitet werden, die betroffene Person aber statt der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung verlangt,
 - wenn die betroffene Person die Daten zur Geltendmachung oder Ausübung von Rechtsansprüchen oder zur Verteidigung gegen solche benötigt werden und deshalb nicht gelöscht werden können,
 - oder wenn bei einem Widerspruch nach Art. 21 noch nicht feststeht, ob die berechtigten Interessen des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen.

Die Einschränkung steht einer Verarbeitung nicht entgegen, soweit an der Verarbeitung ein wichtiges öffentliches Interesse besteht.

8. Widerrufsrecht bei Einwilligungen

Die Übermittlung personenbezogener Daten für Zwecke der Werbung oder des Adresshandels ist nur zulässig, wenn die betroffene Person eingewilligt hat (Artikel 6 Absatz 1 lit. a DS-GVO). Die Einwilligung kann nach Artikel 7 Absatz 3 DS-GVO jederzeit gegenüber der Stelle widerrufen werden, gegenüber der die Einwilligung zuvor erteilt wurde.

9. Beschwerderecht

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde (Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz, Hintere Bleiche 34, 55116 Mainz, Tel.: 06131 208-2449, E-Mail: poststelle@datenschutz.rlp.de), wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.